FileNr:95|id:7WYN-NBJ1-2PFJ-12T5|date:2009-10-28|source:Welt|title:Teil 1: Haushalt; Schäubles unerfüllbare Mission; Exklusive Berechnung für die WELT: Geplante Steuersenkungen erhöhen Staatsschulden auf Jahrzehnte

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Berlin - „Er hat mein Vertrauen", sagte die alte neue Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Pressekonferenz, in der sich das neue Bundeskabinett praesentierte. Gemeint war Wolfgang Schaeuble, der heute als Finanzminister der neuen Bundesregierung vereidigt werden soll. Aus der letzten Legislaturperiode kennt Merkel den Schwaben als knallharten Verhandler – eine Faehigkeit, die in den kommenden Monaten gefragt sein wird. Denn der wichtigste Mann im Kabinett muss zu einer soliden Finanzpolitik fuegen, was nicht zusammenpasst: Steuergeschenke fuer die Waehler, keine Ausgabenkuerzungen und zu alldem noch der langfristige Abbau der in der Finanzkrise bedrohlich angewachsenen Staatsschulden.

Vor allem der Schuldenabbau rueckt fuer die jetzt gewaehlte Bundesregierung in weite Ferne: Ein ausgeglichener Haushalt sei Utopie, sagte Schaeuble bereits vergangene Woche. Der am Wochenende praesentierte Koalitionsvertrag macht die Aufgabe des designierten Finanzministers nicht einfacher: Union und FDP haben darin auf Draengen der Liberalen eine Steuerreform angekuendigt, die die Bundesbuerger ab 2011 um 24 Mrd. Euro entlasten soll. Die Grossbank UniCredit hat fuer die WELT berechnet, wie sich die geplante Steuersenkung auf die Staatsfinanzen auswirken wird: Demnach wird die Staatsverschuldung durch das Steuergeschenk stark anschwellen. Ein ernuechterndes Ergebnis, vor allem fuer Politiker, die fuer Steuersenkungen mit dem Argument werben, es finanziere sich per Wachstum. Die Koalitionspartner haben ausgehandelt, dass ab 2011 strukturelle Aenderungen im Steuersystem greifen sollen. Wie diese Massnahmen aussehen werden, ist noch nicht klar, im Gespraech ist unter anderem, die lineare Progression durch Tarifstufen zu ersetzen. Dadurch sollen die kalte Progression geglaettet und der sogenannte Mittelstandsbauch geschrumpft werden - und die Steuerzahler um 24 Mrd. Euro entlastet werden. Wie dieses Steuergeschenk finanziert werden soll, ist bisher unklar. Aus der FDP verlautet jedoch immer wieder, Steuersenken wuerden sich selbst finanzieren. Die Logik dahinter: Steuerzahler, denen vom Erarbeiteten mehr bleibt, haben einen Anreiz mehr zu arbeiten und zu verdienen und Buergern, denen mehr Geld netto bleibt, koennen auch mehr ausgeben. Steuersenkungen sollen so Wachstum schaffen, das wiederum mehr Steuereinnahmen bringt. Die Volkswirte der Grossbank UniCredit haben deshalb fuer die WELT ausgerechnet, wie viel Wachstum die Steuerentlastung bringt und wie viel neue Schulden - und ob sich das Paket fuer den Staat und kommende Generationen rechnet. Das Ergebnis: Die Steuererleichterungen schaffen zusaetzliches Wachstum - aber zu einem hohen Preis. Die UniCredit-Oekonomen gehen im Moment davon aus, dass die deutsche Volkswirtschaft in den kommenden Jahrzehnten jedes Jahr durchschnittlich 1,5 Prozent wachsen wird. Diese langfristige Wachstumsprognose nennen die Oekonomen Potenzialwachstum. Setzt die neue Bundesregierung die geplanten Steuerentlastungen um, wuerde dieses Potenzialwachstum auf 1,75 Prozent steigen - immerhin um ein Sechstel. Der Preis fuer das hoehere Wachstum waere allerdings eine steigende Staatsverschuldung. In diesem Jahre werden die Schulden der oeffentlichen Haushalte in Deutschland ohnehin so stark angestiegen sein, dass sie 72 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entsprechen. Das ist ein Wert, der weit ueber den Konvergenzkriterien des Maastrichtvertrags fuer die Staatsschulden liegt. Die Bedingungen fuer die Teilnahme am Euro schreiben unter anderem vor, dass die Staatsschulden eines Euro-Mitgliedsstaates nicht hoeher sein duerfen, als 60 Prozent des BIP. „Ohne zusaetzliche Ausgabensenkungen oder hoehere Steuern wird die Schuldenquote weiter ansteigen", sagt Deutschland-Volkswirt Alexander Koch von UniCredit. „Die geplanten wachstumsfoerdernden Steuersenkungen allein erhoehen die Schuldenquote noch." Entlastet der Staat wirklich die Steuerzahler ab 2011 um 24 Mrd. Euro, ohne diese Erleichterung an anderer Stelle im Haushalte gegenzufinanzieren, wuerde die Staatsverschuldung schneller steigen als sie es ohnehin bereits tut. Ohne die angekuendigte Steuerreform, wuerden die naechste Bundesregierung wuerde im Jahr 2014 Staatschulden uebernehmen, die knapp 79 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entsprechen. So die Berechnung von UniCredit fuer die WELT . Entlastet der Staat jedoch ab 2011 die Steuerzahler wie angekuendigt, ohne anderswo Ausgaben zu kuerzen oder Steuern zu erhoehen, wuerde die Schuldenquote schneller steigen und laege 2014 bereits bei 83 Prozent des BIP. Bis 2030 wuerde sie auf 91,4 Prozent anschwellen. Nach dieser Berechnung kann sich die Steuersenkung nicht selbst finanzieren - zumindest nicht in den kommenden fuenf Legislaturperioden. Um angesichts der geplanten Steuererleichterungen tatsaechlich das Maastricht-Ziel zu erreichen, sind praktisch unerreichbare Wachstumsraten noetig, das haben Alexander Koch und seine Kollegen ausgerechnet: Damit die oeffentlichen Haushalte die Verschuldung bis zum Jahr 2030 auf den Maastricht-Wert von knapp 60 Prozent druecken koennen, muesste die Wirtschaft bis dahin jedes Jahr im Durchschnitt um 4,2 Prozent wachsen. „Das ist je nach Lesart zwei- bis dreimal so hoch wie das Potenzialwachstum. Das ist utopisch", sagt Oekonom Alexander Koch. „Das ist in Boomphasen vielleicht mal in einem Jahre moeglich, aber es ist nicht realistisch, dass Deutschland wieder dauerhaft solche Wachstumsraten erreicht, wie im Wirtschaftswunder." Selbst in den Boomjahren 2006 und 2007 wuchs die deutsche Wirtschaft nur um 3,0 Prozent, beziehungsweise 2,5 Prozent. Wollten Union und FDP den Steuerzahler tatsaechlich jaehrlich um 24 Mrd. Euro entlasten, muessten sie das dadurch verursachte Loch im Haushalt durch hoehere Steuern an anderer Stelle oder durch Ausgabenkuerzungen stopfen. Die UniCredit-Volkswirte haben auch ausgerechnet, wie hoch der Konsolidierungsbedarf ist: Jaehrlich 35 Mrd. Euro muessten die oeffentlichen Haushalte einsparen oder ueber zusaetzliche Steuern einnehmen, um das Minus auszugleichen. Zunaechst haben die Koalitionspartner aber erst einmal Wahlgeschenke verteilt. Immerhin sieben Mrd. Euro sind die versprochenen Erhoehungen bei Kindergeld und Kinderfreibetrag wert....

Fokus Deutschland

Warnend-Negativ